

Inhalt

Editorial 3

Friedenspolitik

60 Jahre NATO –
Feier für ein Friedensbündnis? 4

Zum GKKE Rüstungsexportbericht 7

Save me – kontinuierlich Flüchtlinge
aufnehmen 9

Deutsche Sektion

Das politische Credo von pax christi
in der Öffentlichkeit 10

Eröffnungsfeier des pax christi-Sekretariats 12

Präsidiumsnotizen 12

Einladung zum pax christi-Kongress 2009 13

Geistliches Wort

Begegnen, erinnern, Partei ergreifen 17

Gerechter Friede

Irak: Zur Situation der Christen 18

Der interreligiöse Dialog und das Fahrrad 20

Sozialer Friede

Gerechtes und soziales Handeln
in der Wirtschaftskrise 22

Bistumsstellen

Meldungen aus den Bistumsstellen 25

Friedenskultur

Leseempfehlung: Der Musterknabe 27

pax zeit: Zeitschrift der deutschen Sektion der internationalen
katholischen Friedensbewegung pax christi, www.paxchristi.de

Herausgeber: pax christi-Bewegung, Deutsche Sektion
Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin
Tel.: 030 - 200 76 78 12, Fax: 030 - 200 76 78 19
E-mail: sekretariat@paxchristi.de

Redaktion: Daniele Fettweis (Alano Publikationsservice), Monika Graef,
Christine Hoffmann (verantwortl.), Odilo Metzler, Prof. Dr. Christian Wilhelm

Alle Einsendungen: pax christi, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin

Gesamtherstellung: SCALA Design, Aachen, E-mail: office@scaladesign.de

Bezugspreis: im Abonnement 10,- Euro, Förderabonnement 15,- Euro
für pax christi-Mitglieder im Jahresbeitrag eingeschlossen;
Abbestellung jeweils zum Jahresende

Einzahlungen: Pax-Bank 4 000 569 017 (BLZ 370 601 93)
Postbank Karlsruhe 948-754 (BLZ 660 100 75)
gilt nur für AbonnentInnen, die nicht pax christi-Mitglieder sind (s.o)

Druck und Versand: Print Production, Aachen
Theaterstraße 82, 52062 Aachen

Redaktionsschluss für die Ausgabe PZ 2/2009: 30. April 2009

Dieser Ausgabe liegt ein Unterschriftenblatt der pax christi-Nahostkommission
„Wir fordern eine andere Nahost-Politik“ bei.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die
Meinung der Organe der Bewegung wieder. Bei allen eingereichten Artikeln
und Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen vor. Eine Haftung für unauf-
gefordert eingesandte Artikel und Fotos kann nicht übernommen werden.

Umschlagfoto: Titelbild: Französischer Natosoldat in Afghanistan,
Foto: Nato, Rückseite: Holocaust Denkmal in Berlin, Foto: Pim Zeekoers

Gedruckt auf 100% Recycling Papier



Foto: freegaza.org

Die Blockade beenden!

Ein Schiff mit medizinischen Hilfsgütern für Gaza

Spendenaufruf, Februar 2009

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
Israel will die eineinhalb Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser im
kriegszerstörten Gazastreifen auch nach dreiwöchigem Bombardement gefangen
halten. Die israelische Regierung weigert sich bis auf wenige Ausnahmen, trotz
Aufforderungen seitens der EU und einer Entschließung des UN-Sicherheitsrates,
die Blockade aufzuheben.

Die Vorbereitungen für unser Projekt, ein Schiff mit medizinischen Hilfsgütern nach
Gaza zu schicken, sind in vollem Gange. Wie in unserem Appell „Die Blockade been-
den! Ein Schiff mit medizinischen Hilfsgütern für Gaza“ erläutert, werden wir damit
dem Aufruf der internationalen „Free Gaza“-Kampagne (www.freegaza.de) folgen.
Mit unseren Hilfsgütern wollen wir nicht nur die palästinensische Bevölkerung ma-
teriell unterstützen, sondern durch die Wahl des Seeweges auch öffentlichkeitswirk-
sam auf die Blockade aufmerksam machen und sie überwinden! Unsere derzeitige
Planung ist:

Folgende medizinischen Güter werden wir u.a. verschiffen: Verbandstoff und Pflaster,
diverse Medikamente, Drainagen und Katheter, Transfusionssysteme, Handschuhe.
Diese Güter werden wir per LKW auf dem Landweg nach Griechenland bringen und
von dort per Schiff nach Gaza. Das Schiff wird in der ersten Märzhälfte nach Gaza
fahren.

Ein solches Projekt kostet Geld. Deshalb bitten wir Sie und euch dafür zu spenden!

Spendenkonto: pax christi

Spendenvermerk „Spende Schiff für Gaza“

Kontonummer 4000569017, Pax Bank eG, BLZ 37060193

IBAN: DE90 3706 0193 4000 5690 17 BIC: GENODED1PAX

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

Wiltrud Rösch-Metzler, pax christi

Matthias Jochheim, IPPNW

Gisela Siebourg, Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

George Rashmawi, Palästinensische Gemeinde Deutschland

Bernd Klagge, VIS

Den von Ihrer Bank oder Sparkasse quittierten Abschnitt der Überweisung können
Sie bei Beträgen bis 200 Euro als Spendenbescheinigung für das Finanzamt ver-
wenden. Für Beträge über 200 Euro erhalten Sie von pax christi eine gesonderte
Spendenbescheinigung: Dafür notieren Sie bitte Ihre komplette Anschrift auf dem
Überweisungsträger. ■



Gerechtes und soziales Handeln in der Finanz- und Wirtschaftskrise?

Erwin Kreim



Foto: privat



Auf Talfahrt.
Foto: krockenmitte/photocase

Werden die riesigen Milliarden-Beträge, die jetzt aus Steuermitteln in die Privatwirtschaft fließen, tatsächlich wirksam und gerecht ausgegeben? Um diese Frage zu beantworten, ist zuerst eine kurze Analyse erforderlich.

Ursachen – Zusammenhänge und Auswirkungen der Krisen

■ Finanzkrise

Im Allgemeinen wird die Hauptursache der Finanzkrise in der extremen Finanzierung von „Schrott-Immobilien“ in den USA gesehen. Doch die Finanzierung war nur möglich, weil auch in Deutschland Banken im großen Stil sich an den Finanzierungen beteiligten. Herr Ackermann, Chef der Deutschen Bank, forderte als Maßstab für erfolgreiche Banken eine Eigenkapitalrendite von 25 %. Damit hat er Maßstäbe gesetzt, die dann die Ratingagenturen und so genannten Banken-Analysten als Beurteilungsmaßstab übernommen haben. Weil eine provisionsgetriebene Clique das übersteigerte Profitstreben zum Maßstab wirtschaftlichen Handelns erklärte, fiel es vielen Bankvorständen und Aufsichtsräten schwer, sich dem Mainstream zu widersetzen.

Drei Beispiele hierzu:

■ Der Vorstand der früher sehr kompetenten Industriekreditbank (IKB) entschied, eine Gesetzeslücke extensiv für Geschäfte außerhalb der Bilanz und damit ohne Eigenkapitalunterlegung zu nutzen. Warum wohl? Hat möglicherweise der mit Spitzenvertretern der deutschen Wirtschaft besetzte Aufsichtsrat Renditen gefordert, die mit normalem Bankgeschäft in einem funktionierenden Wettbewerb nicht zu erreichen sind?

■ Die SachsenLB hat sicher bei der Aufbaufinanzierung des Landes Sachsen wertvolle Leistungen erbracht – warum haben es dann die Aufsichtsgremien zugelassen, dass diese Bank in Dublin eine Dependence gründet, um im großen Stil Geschäfte außerhalb der deutschen Bankenaufsicht zu betreiben?

■ Die Depfa-Bank, privatisierte Staatsbank, hat ihren Sitz von Wiesbaden nach Dublin verlegt, um große Geschäfte abwickeln zu können, ohne deutsche Liquiditätsgrundsätze einhalten zu müssen. Sie wurde dafür in der Wirtschaftspresse gefeiert.

Die Finanzkrise hat ihre wesentliche Ursache in der Gier nach Profit und Provisionen, an der viele Mitglieder der „Community“ (vor allem Investmentbanker und deren Berater) sich mit unvorstellbaren Summen bereicherten.

Die hohen Renditen waren nur möglich, weil die Beteiligten dafür sorgten, dass in den neuen Vorschriften für Banken („Basel II“) Lücken gelassen wurden, die sie wiederum extrem ausnutzten.

■ Hilfsprogramme für Banken?

Warum soll nun solchen Banken, die sich an diesem „Roulette“ mit riesigen Summen beteiligten, geholfen werden? Deutschland, Japan, China, sind „Sparer-Länder“, d.h. es wird ein Großteil der Bruttosozialprodukte gespart. Sparkassen, Volksbanken, Spar-

da-Banken, Postbank, verfügen über hohe Spareinlagen, die sie im Interesse ihrer Kunden anlegen müssen. Die großen Banken boten ihnen Zertifikate an, die von den sogenannten Ratingagenturen mit besten Noten versehen wurden, d.h. sie galten als absolut sichere, hoch rentable Anlagen und sind nun nicht mehr verkäuflich. Viele Regionalbanken haben den Globalplayern vertraut und diese Papiere auch ihren Kunden verkauft oder den Großbanken im Rahmen des Geldmarktes Refinanzierungsmittel ausgeliehen – wenn diese ausfallen, würden auch bisher gesunde Banken ins Wanken geraten. Die Banken sind vielfältig vernetzt und es besteht die Gefahr, dass wie beim Domino, beim Fall einer Bank Kettenreaktionen ausgelöst werden, die nicht mehr beherrschbar sind und viele Bürger und Unternehmen hart treffen könnten. Deshalb muss die Bundesregierung in internationaler Abstimmung alles versuchen, diesen Gau zu verhindern.

■ Wirtschaftskrise

Die Absatzkrise der deutschen Schlüsselindustrie, der Automobilindustrie mit vielen kleinen Zulieferbetrieben wird durch die Finanzkrise verstärkt, hat aber seine Ursache in der Marktsättigung. Die Autoindustrie hat es versäumt, sich mit alternativen Modellen auf die sich abzeichnenden Nachfragerückgänge vorzubereiten.

Die Kaufkraft für neue Autos ist grundsätzlich vorhanden, aber warum sollen Käufer in unsicheren Zeiten eine Kaufentscheidung vorziehen? Auf diese Frage hätten die Autoproduzenten mit umweltfreundlichen, sparsamen

Autos reagieren müssen, nur auf den Export zu setzen war zu kurzfristig und zählt in die Kategorie „Management-Fehler“ der hoch bezahlten Konzernlenker.

Ähnlich sieht es in anderen Branchen aus. Aber es gibt auch immer noch erfolgreiche Unternehmen, die die Weichen richtig gestellt haben.

Maßnahmen – gerecht und sozialverträglich?

Der 500 Milliarden-Schirm der Bundesregierung für die Spareinlagen ist gerecht und sozial, weil sonst viele „normale“ Bürger verunsichert würden und vielleicht sogar ihre Alterssicherung verlieren könnten. Es ist außerdem davon auszugehen, dass diese Staatsgarantie nicht in Anspruch genommen werden muss, denn zuvor greifen noch andere Sicherungseinrichtungen.

Die Beteiligung des Bundes an einzelnen Banken und Garantien erscheint mir auch sinnvoll und gerecht gestaltet: Es handelt sich um so genannte „Nachrangdarlehen“, d.h. bevor Gewinne ausgeschüttet werden können, sind 9 % Zinsen an den Bund zu zahlen – ein hoher Zinssatz, der die Bankvorstände sicher anreizt, die Darlehen schnellstmöglich zurück zu zahlen.

Die Stabilisierungsmaßnahmen für HRE, Commerzbank, Landesbanken u.a. sollen diese „Dominosteine“ stützen, damit sie nicht das ganze Finanznetz zerreißen.

Ich selbst habe zwei Banken-Sanierungen begleitet, bei denen nach einiger Zeit Sanierungsgewinne erzielt wurden. In einer akuten Krise sind Sanierungen mit extremen Verlusten verbunden. „Die Zeit heilt“, das gilt auch für angeschlagene Unternehmen, wenn künftig eine solide Geschäftspolitik verfolgt wird. Insofern besteht die reelle Chance, dass zumindest ein Großteil der Beteiligungen und Garantien längerfristig zurückfließen und dann zur Entschuldung beitragen könnten. Die indirekte Beteiligung des Bundes an der Deutschen Bank zum Erwerb der Postbank kann für den Bund ein gutes Geschäft werden, denn die Verbindung der beiden Institute ist zukunftsweisend, ebenso wie die Fusion der Commerzbank und Dresdner Bank.

Grundsätzlich sollte nur Unternehmen mit einem Geschäftsmodell, das gute Überlebenschancen bietet, geholfen werden. Das lässt sich nicht in allen Fällen sicher prognostizieren, aber ohne positive Fortführungsprognose kann ein Unternehmen ein Fass ohne Boden werden. Erhaltung von Arbeitsplätzen bei Unternehmen mit einer Perspektive (Added Value / Alleinstellungsmerkmalen) ist sozial und gerecht – andernfalls ist ein Ende mit Schrecken für die Betroffenen sehr hart, volkswirtschaftlich aber gerechter. Aus struktur- und sozialpolitischen Gründen kann auch eine Beschäftigungsgesellschaft sinnvoll sein, wenn die Chancen bestehen, wieder produktive Arbeitsplätze zu schaffen.

Überbrückungsfinanzierungen zur Umsetzung zukunftsweisender Strategien, etwa mit Hilfe der staatlichen KfW-Bank, sind notwendig, solange die Kreditmärkte durch Misstrauen der Banken untereinander gestört sind.

Sparkassen und Volksbanken fließen zurzeit hohe Spareinlagen zu – wo sollen die Vorstände die Liquidität sicher und rentabel anlegen? Die Störungen des Geld- und Kapitalmarktes müssen durch vertrauensbildende Maßnahmen beseitigt werden und dazu gehört vollständige Transparenz. Solange über die Risiken der einzelnen Banken nur Vermutungen möglich sind, wird sich kein Vertrauen bilden.

■ Um künftig dieses extrem provisionsgetriebene Handeln zu vermeiden, müssen erfolgsabhängige Vergütungen auf langfristigen Erfolgen basieren. Ein Teil der Vergütungen sollte auf ein „Treuhandkonto“ gehen, der erst nach einer längeren Erfolgsphase ausgezahlt wird.

■ Vorstände und Aufsichtsräte müssen persönlich zur Verantwortung gezogen werden können, wenn sie Risiken eingehen, die nicht im Jahresabschluss erfasst sind.

■ Kredithandel ohne eigene finanzielle Beteiligung sollte untersagt werden.

■ Anonyme Kredite, bei denen die Kreditgeber die Kreditnehmer nicht mehr kennen, und der Arrangeur nicht in der Haftung ist, sollten, wenn überhaupt, nur in sehr begrenztem Umfang möglich sein.

Konjunkturpakete

Vielen Unternehmen brechen die Aufträge in dramatischen Größen weg. Handelt es sich um dauerhafte Ausfälle oder nur um Verschiebungen? Wann ist die Talsohle erreicht? Solange diese Fragen nicht eindeutig beantwortet werden können, sollten durch Arbeitsmarkt stützende Maßnahmen (Kurzarbeit, Qualifizierung) die Potentiale erhalten werden. Ebenso kann der Wandel in neue zukunftssträchtige Strategien und Märkte gefördert werden (z.B. Energiespartechnologien, erneuerbare Energie).

Das Infrastrukturprogramm der Bundesregierung bedeutet ein Vorziehen von notwendigen Investitionen. Dies ist bei freien Kapazitäten generationengerecht, wenn es sich nur um ein Vorziehen handelt und die damit verbundenen Schulden in einem verbindlichen Schuldentilgungsplan wieder abgebaut werden, insbesondere müssen die von den Banken zurückfließenden Mittel zur Schuldentilgung verwendet werden. Investitionen, die künftige Aufwendungen reduzieren, (z.B. Energieeinsparung) sind ebenfalls sinnvoll und entlasten die Zukunft.

Die Konjunktur belebende Wirkung von Steuerensenkungen ist umstritten, weil ein Teil der zusätzlichen Kaufkraft gespart, im Ausland ausgegeben, für „alte“ Produkte verwendet wird u. ä.

Lesen Sie weiter auf Seite 24



Das „große Geld“ – eine gefährliche Faszination.
Foto: c-cromo.de/photocase



Auch die einmalige Kindergeldprämie ist nur in einem Wahljahr verständlich. Gerechter und sozialer wäre es, Ganztagschulen auszubauen und Kindern von Hartz IV-Eltern ein kostenloses, hochwertiges Essen anzubieten. Die Integration benachteiligter Gruppen über die Schulen und die Stärkung der „freien Wohlfahrtspflege“ (Sportvereine, Pfadfinder, Jugendzentren) ist gegenüber den künftigen Generationen gerechter, als ein unkontrollierbares Strohfeuer (Einmal-Prämien).

Die inhaltliche Verbesserung der Schulen ist Sache der Länder und sollte durch die Einsparungen bei Infrastrukturmaßnahmen, die jetzt vom Bund übernommen werden, einen zusätzlichen Effekt haben.

Lehren aus der Krise?

In der Kürze war es nur möglich, einige wesentliche Aspekte darzustellen. Ich sehe in der Krise auch Chancen: Wenn künftig der Glaube an das Profitstreben (Shareholder-Value) seine Faszination verliert und dem Stakeholder-Prinzip wieder mehr Beachtung geschenkt wird. Damit ist gemeint, dass neben den Interessen der Gesellschafter auch gleichwertig die Interessen der Arbeitnehmer, Kunden, Lieferanten, Kommunen, der Sparer, der öffentlichen Hand u.a (Stakeholder) beachtet werden müssen. Die Krisen können dazu beitragen, dass die hemmungslose Konsumorientierung, Profitgier, Technik- und Fortschrittsgläubigkeit zugunsten der Erhaltung der Natur, des Friedens, sozialen Ausgleichs und spiritueller Werte zurückgedrängt werden. ■

Erwin Kreim, pax christi-Mitglied und langjähriger Direktor einer Bank für Kreditgeschäft. Autor mehrerer Bücher zum Kreditgeschäft der Banken, Dozent der Frankfurt School of Finance and Management; (Bankakademie) und anderer Akademien, Geschäftsführer eines Unternehmens im Bereich erneuerbare Energie und Berater für Sanierungen und Unternehmensnachfolge.

Tausende setzten in Dresden ein deutliches Zeichen gegen Rechts. Doch 6000 Neonazis und ihre Gewaltbereitschaft hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack.
Foto: Christine Böckmann

Geh denken

Auszüge aus der Rede von Christine Hoffmann, Generalsekretärin, bei der Abschlusskundgebung der Demonstration: „Geh Denken“ – Ein klares „Stopp“ zum Rechtsextremismus. in Dresden am 14. Februar 2009

Frauen und Männer, Mädchen und Jungen hier auf dem Theaterplatz,

ich stehe hier als Christin und gedenke im Lärm, in den Farben und in der Vielfalt dieses Demonstrationzuges der Kinder, der Frauen und der Männer, die in einer einzigen Nacht unter Bomben und im Feuer im Februar 1945 hier in Dresden gestorben sind. Ich bin davon überzeugt, dass wir genau mit unserer Vielfalt, unserer Wut und unserer Lautstärke den Toten gerecht werden um derentwillen wir jetzt hier stehen. Denn Erinnerung findet auch für Christen nicht nur unter Kirchtürmen und auf Friedhöfen statt. Gedenken hat nicht nur ein stilles Gesicht! Gedenken hat viele Gesichter. Das sei allen ins Buch geschrieben, die seit langem unseren Protest als aggressiv schmähen und uns vorwerfen, die Opfer zu instrumentalisieren.

„Gedenken und Erinnern heißt heute handeln“. Heute handeln um heute Krieg und Grausamkeit gegen Menschen zu verhindern. Deshalb heißt Erinnern für die Gegenwart auch sich einmischen, wenn Gedenken dazu missbraucht wird, Geschichte zu schönen.

Wenn wir der Opfer der Bomben der Anti-Hitler-Koalition gedenken, müssen wir zugleich an das erinnern, was dem vorausgegangen ist: Es waren Dresdner Bürger, die 1938 die Semper-Synagoge in Brand steckten, es waren deutsche Mitbürger, die im Berliner Sportpalast Joseph Goebbels und dem totalen Krieg zujubelten. Der Tod von zig-tausend Bombenopfern hier in Dresden war hausgemacht deutsch, d.h. die Folge des nationalsozialistischen Krieges, von arroganter Überheblichkeit und Herrenmenschentalität. Das dürfen wir nie wieder zulassen.

Wo Gott dabei war, brauchen wir nicht zu fragen, denn Gott handelt auf der Erde nur durch uns Menschen. Was die Christen im 2. Weltkrieg getan haben, können und müssen wir fragen. Warum haben sie tausendfach geschwiegen und sind mitgelaufen?

Weil ich diese Frage stelle, darf ich hier auch über die aktuellen Ereignisse in der katholischen Kirche nicht schweigen. Dass für den Holocaust-Leugner Williamson vom Vatikan kritik- und bedingungslos die Exkommunikation aufgehoben wurde, ist ein Skandal, der der katholischen Kirche geschadet hat. Das hat einen falschen Eindruck entstehen lassen. Den Eindruck, ziemlich finstere Menschen hätten eine Nähe zur Kirche. Ich betone in aller Deutlichkeit: Antisemiten und alle die den Mord an 6 Millionen Juden leugnen oder verharmlosen haben keinen Platz in der Kirche. Rechtsextreme Gedanken sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar. Das haben auch viele deutsche Bischöfe und der Papst in den letzten Tagen betont. Die Konsequenz für mich heißt: mehr kirchliches Engagement gegen rechtsextremes Gedankengut in der Gesellschaft und die Kirche gehört zur Gesellschaft dazu. Die Friedens-

gottesdienste gestern und heute in Dresden haben Zeichen dazu gesetzt! (...)

Erinnern und Gedenken heißt heute handeln – und auch morgen zu Unrecht und Unmenschlichkeit nicht schweigen. Und für all die vielen Wahlen in diesem Jahr: Keine Stimme den Nazis – Nazis raus aus den Parlamenten!

